

Monika Stocker liquidiert

Drogenbeauftragter geht halb freiwillig – Wende in der

Emilies Erbe

Von Barbara Lukesch

Als Monika Stocker Sozialamtsvorsteherin wurde, waren viele davon überzeugt, dass sie die liberale Drogenpolitik ihrer Vorgängerin Emilie Lieberherr fortführen würde. Doch Monika Stocker setzt – so viel ist nach vier Monaten Amtszeit klar – primär auf Harmonie mit ihren stadträtlichen Kollegen und auf dezidierte Abgrenzung gegenüber Emilie L.

Deutlichstes Indiz dafür ist der Entschluss, ausgerechnet jenen Beamten zu opfern, der zwar drogenpolitisch auf ihrer (bisherigen) Linie liegt, der damit aber auch die Lieberherrsche Drogenpolitik repräsentiert und seit Jahren immer wieder einmal den Zorn Zürcher Stadträte und ihrer Beamten auf sich gezogen hat. Beat Kraushaar, stell-

Stadtzürcher Drogenpolitik?

Da wurde also ein Beamter vor die «Alternative» gestellt, entweder selber zu kündigen oder – da sozusagen unkündbar – ein berufliches Randdasein in Isolation und Ineffizienz zu fristen. Oder um es mit den unmissverständlichen Worten von Stadtpräsident Josef Estermann auszudrücken: «Kraushaar musste sich entscheiden, ob er Drogenbeauftragter vom Sozialamt sein und damit die städtische Drogenpolitik nach aussen mitvertreten will oder ob er seine eigene private Drogenpolitik machen will.» Kraushaars Replik: «Es wäre tatsächlich undenkbar für mich, meine Kritik an der stadträtlichen Drogenpolitik in Zukunft verleugnen zu müssen.»

Als Monika Stocker, seit 1986 Mitglied der Grünen Partei, noch nicht Stadträtin war, vertrat sie drogenpolitisch Positionen, die sich mit denjenigen Kraushaars und ihrer Partei deckten. Am 8. Mai 1993 trat sie, sozusagen Hand in Hand mit dem Initianten Kraushaar, als Hauptrednerin am DroLeg-Fest auf und gab ein beherztes Votum für die Drogenlegalisierungs-Initiative zum besten. Während des Wahlkampfes machte sie sich noch stark für die Tolerierung von Gross-Gassenzimmern und warf der Zürcher SP die Rückkehr zur repressiven Drogenpolitik vor. Noch kurz nach ihrer Wahl plädierte sie im «Blick» für Änderungen in der Drogenpolitik und fragte keck: «Warum beispielsweise keine Gross-Gassenzimmer?»

Inzwischen steht Monika Stocker auf der anderen Seite und hat einen Platz an der Macht. Es ist zweifellos ein hartes Stück Arbeit, sich im Jahre eins nach Emilie Lieberherr als eigenständige Exekutivpolitikerin zu profilieren. Die Spuren jener grossen alten Dame, die während eines Vierteljahrhunderts die sozialpolitischen Geschicke

nicht nur der Stadt Zürich massgeblich mitgestaltet hat, lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen eliminieren. Insbesondere im sensiblen Bereich der Drogenpolitik, der in Zürich seit Jahren stets in einem Atemzug mit dem Namen Lieberherr genannt wird, ist es ein Balanceakt für die neue Stadträtin, aus dem Schatten ihrer Vorgängerin, ihrem «drogenpolitischen Über-Ich», wie es Niklaus Scherr, Zürcher Gemeinderat der Alternativen Liste, nennt, herauszutreten.

Emilie Lieberherr selber macht es der Neuen nicht leicht. Nach wie vor mischt sie in Drogenfragen mit, präsidiert den Verein «Ausweg», der sich für Gross-Gassenzimmer einsetzt, führt Gespräche mit nationalen Politikern und wirbt für eine Ausweitung der kontrollierten Drogenabgabe.

Was tun?, wird sich Monika Stocker bald einmal nach Amtsantritt gefragt haben.

Vorerst übte sie sich in selbstauferlegter Zurückhaltung und verharrte in den ersten drei Monaten ihrer Amtszeit in drogenpolitischer Abstinenz. Für dieses Vorgehen hatten zunächst viele Verständnis, so zum Beispiel auch der SP-Gemeinderat Tobias Brandner, der sagt: «Stocker musste sich erst einmal von Lieberherr abgrenzen, um dann selber politisch aktiv werden zu können.»

Doch inzwischen sind viele irritiert angesichts der drogenpolitischen Profillosigkeit der grünen Stadträtin, die – so Brandner – «viel zu stark auf die Linie des Stadtrats eingeschwenkt ist und im Gleichschritt mitläuft». Fragt man Stocker heute, was sie eigentlich vorhabe, gibt sie an, «gar keine Drogenpolitik machen, sondern nur Drogenhilfe leisten zu wollen».

Das politische Feld überlässt sie damit ihren Kollegen aus der Zürcher Drogendelegation, Josef Estermann (Präsidialabteilung), Robert Neukomm (Polizei) und Wolfgang Nigg (Gesundheit) – wohlweisend, dass eine eigenständige, kritische Drogenpolitik im Zürcher Stadtrat zur Isolation führen kann. Die 8:1-Abstimmungs-niederlagen, die Emilie Lieberherr in den letzten Monaten ihrer Amtszeit kassierte, geben beredtes Zeugnis davon ab.

Spuren tilgen

Exakt im Moment, da die Drogen- und Dealer-Szene am Letten als nationales Problem erkannt wird, scheint im Zürcher Stadtrat eine Frontbegradigung stattzufinden. Äusseres Zeichen: Der Abgang von Beat Kraushaar, stellvertretender Drogenbeauftragter des Sozialamtes, der drogenpolitisch der ehemaligen Stadträtin Lieberherr sehr nahe steht. Nachfolgerin Monika Stocker, die in der Drogenfrage seit ihrem Amtsantritt noch wenig Profil zeigt, will jetzt offenbar die Lieberherr-Spuren in ihrem Amt tilgen.

vertretender Drogenbeauftragter des Sozialamts und Gründervater der Legalisierungs-Initiative DroLeg, muss gehen.

Stocker erklärt zwar, Kraushaar habe selber gekündigt, um eigene Projekte zu verfolgen: «Er ist weder geschickt noch gegangen worden. Alles ist in gegenseitigem Einvernehmen erfolgt.»

Kraushaar selber hält sich bedeckt, deutet aber an, dass er das Verhalten seiner neuen Chefin, die zwar fair und grosszügig in der Regelung seines Abgangs sei, nur mit Mühe nachvollziehen könne: «Ich denke, dass sowohl meine Nähe zu Emilie Lieberherr wie auch Signale aus anderen Ämtern Monika Stocker in ihrem Vorgehen geleitet haben.»

Wenn Monika Stocker sich dann doch einmal zu Drogenfragen geäußert hat, sind viele regelrecht erschrocken. Sei es im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum an der Zürcher Street Parade, wo sie mahnend den moralischen Zeigefinger erhob; sei es zur aktuellen Lage am Letten, wo sie mit überraschender Selbstverständlichkeit repressive Massnahmen fordert.

Monika Stocker, quo vadis?, fragen sich bereits zahlreiche Gemeinderäte und Drogenfachleute. Wo bleiben mutige Schritte, die einer ehemals profilierten Grünen anstehen würden? Sollten die Abgrenzungsanstrengungen von Emilie Lieberherr ihre

politische Schlagkraft dermassen reduzieren, dass sie handlungsunfähig wird?

Stocker, der man im Sozialamt schon einen «Lieberherr-Komplex» nachsagt, neigt bisweilen zu heftigen Reaktionen, wenn ihre Vorgängerin mit im Spiel ist. So schrieb sie dem Verein «Ausweg», der bis anhin seine Sitzungen in den Räumlichkeiten des Sozialamts abhielt, einen forsch formulierten Brief und untersagte fortan den Gratis-Aufenthalt am Helvetiaplatz. Lieberherr: «Diesen Brief habe ich als sehr arrogant empfunden.»

Offenbar sollen die Spuren der Emilie Lieberherr im Sozialamt endgültig getilgt werden. Und genau deshalb muss nun auch der städtische Angestellte Beat Kraushaar seinen Platz räumen, der Emilie L. drogenpolitisch sehr nahestand und -steht.

Dieser Nähe zu seiner damaligen Vorgesetzten, die ja in der Drogenpolitik selber nur zu oft quer in der stadträtlichen Landschaft stand, verdankte es der Beamte auch, dass er in den letzten vier Jahren nahezu ungehindert öffentlich Kritik an der Drogenpolitik des Stadtrats üben durfte. Je länger, je mehr wurde Kraushaar zu einem der wichtigsten Drogenberater von Lieberherr. Sie ging auch mit ihm einig in der Forderung nach Legalisierung; gemeinsam mit ihm entwickelte sie das Modell der Gross-Gassenzimmer.

Signale aus anderen Ämtern

Immer häufiger war Kraushaar auch in den Medien präsent, schrieb Kommentare, diskutierte in der «Arena» und im «Club» des Schweizer Fernsehens und wurde von vielen bald einmal für den «Drogendelegierten der Stadt Zürich» gehalten – sehr zum Ärger eines Josef Estermann oder einer Elisabeth Triet, Zentralsekretärin im städtischen Polizeiamt; die persönlich im Sozialamt intervenierte, um endlich eine Korrektur zu erwirken.

Kraushaars Engagement beschränkte sich nicht auf Zürich. So nahm er mit Raymond Loretan, dem Generalsekretär der CVP, Kontakt auf und begleitete ihn «zwecks drogenpolitischer Sensibilisierung» auf das Lettenareal, oder er zog im Hintergrund die Fäden, als es darum ging, FDP-Parteipräsident Franz Steinegger nach Zürich zu bringen und ihn von der Nützlichkeit der kontrollierten Drogenabgabe zu überzeugen.

Erst kürzlich diskutierten er und Lieberherr mit den Generalsekretären aller vier Bundesratsparteien in Bern über deren künftige Informationspolitik im Drogenbereich. Als Stocker von diesem Treffen erfuhr, gab es sozialamtsintern prompt zu reden. Wie gespalten ihr Verhältnis zu Kraushaar wirklich sein muss, belegt auch ein De-

tail aus jüngster Vergangenheit: Als sie die Putzaktion am Letten initiierte, erfüllte sie nichts anderes als eine Forderung, die er schon lange gestellt hatte.

Doch – und das dürfte die Crux sein – Stadträtin Stocker entscheidet in Sachen Kraushaar nicht allein. Da gebe es, mag sie immerhin einräumen, Signale aus anderen Ämtern, die ihr vermittelten, dass man mit dem «szenennahen» Kraushaar nicht länger zusammenarbeiten würde. Somit bringt sie also ihren Regierungskollegen und -kolleginnen ein Opfer, das, wie AL-Gemeinderat Niklaus Scherr überzeugt ist, «das rückwirkende Rachebedürfnis des Stadtrats gegenüber Kraushaar, aber auch gegenüber Lieberherr, befriedigt».

Nun ist Kraushaar tatsächlich ein Beamter, der nicht ins Klischee des gehorsamen Staatsdieners passt. Disziplinieren lässt er sich nicht. Er blieb – allen Druckversuchen zum Trotz – kritisch und machte seine Haltung, sofern gefragt, auch öffentlich.

Prompt strengte Polizeivorstand Robert Neukomm im März 1992 nach Erscheinen eines Kraushaar-Interviews im «Magazin» ein Disziplinarverfahren gegen ihn an, das schliesslich gütlich geregelt werden konnte. Stadtrat Wolfgang Nigg liess keine Gelegenheit aus, um sich bei Lieberherr über den aufmüpfigen Beamten zu beschweren. Stadtpräsident Estermann gab seinem «Entsetzen über einen Beamten wie den Herrn Kraushaar» erst kürzlich in Radio 24 Ausdruck. Und Andres Oehler, der stadträtliche Drogensprecher, traktanderte einst an einer Arbeitssitzung das «Problem Kraushaar» und will damit – so erklärt er heute – eine Besprechung über einen Beamten initiiert haben, «der die städtische Drogenpolitik öffentlich zerzaust».

Sie alle wollten Kraushaar zum Schweigen bringen und müssen sich masslos geärgert haben, dass er aller Unangepasstheit zum Trotz die Protektion seiner damaligen Chefin genoss. Doch jetzt, nachdem seine Mentorin gegangen ist und er ohne Hausmacht dasteht, muss er weg.

Der Fall Kraushaar ist ein politischer Fall, mit dem Monika Stocker, auf deren politische Grundsatzklärung die Stadt Zürich noch wartet, deutliche Zeichen sowohl amtsintern wie nach aussen setzt. Ihre Mitarbeitenden werden zu deuten wissen, dass allzu grosse Nähe zu Lieberherr, gepaart mit allzu grosser Eigenständigkeit, nicht länger geduldet wird. Ihre Stadtratskollegen werden die Bereitschaft zur Anpassung mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen. Nur ihre Wähler und Wählerinnen werden Mühe haben, das Signal zu verstehen. Welche Drogenpolitik, werden sie sich fragen, gedenkt die erste grüne Stadträtin zu machen, wenn sie ausgerechnet jenen Beamten opfert, der den Grünen seit langem als Drogenberater dient? □